

Presseerklärung

der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Landesverband Brandenburg



22. August 2019

GEW Brandenburg: Situation im Schulbereich zu Beginn des Schuljahres 2019/20 gibt Anlass zu großer Sorge!

Die personelle Situation für die Schulen hat sich zu Beginn des Schuljahres 2019/20 nicht entspannt. Die Zahl der neueingestellten Lehrkräfte für den Zeitraum von Oktober 2018 bis Juli 2019 beträgt 1400. Allerdings sind davon real nur 820 Lehrkräfte neu eingestellt worden. Ca. 600 Lehrkräfte waren bereits befristet in den Schulen beschäftigt und wurden in diesem Zeitraum entfristet. Zusätzlich wurden weitere Lehrkräfte befristet eingestellt. Fast jede 2. eingestellte Lehrkraft (ca. 900) für das Schuljahr 2019/20 wurde ohne Lehrbefähigungen eingestellt. Damit hat sich die Zahl der Lehrkräfte mit Seiteneinstieg dramatisch erhöht. Die Lehrkräfte mit Seiteneinstieg werden schwerpunktmäßig in den Grundschulen, sonderpädagogischen Förderbedarfen und Oberschulen eingesetzt. Besonders problematisch ist, dass die Mehrzahl der neueingestellten Lehrkräfte mit Seiteneinstieg ohne Vorbereitung ihre Lehrtätigkeit in den Schulen aufnimmt und nur ein Teil von ihnen eine berufsbegleitende Fortbildung erhält. Gleichzeitig haben sich die regionalen Verwerfungen in der Bedarfsabdeckung weiter verschärft. In einigen Regionen gerät die Grundversorgung in Gefahr, dauerhaft nicht abgesichert zu sein.

GEW-Chef Fuchs: „Es ist problematisch und nicht hinnehmbar, wenn in den Grundschulen, den sonderpädagogischen Förderbedarfen und Oberschulen die Zahl der Lehrkräfte mit Seiteneinstieg immer weiter anwächst. Es ist völlig inakzeptabel, dass die Mehrzahl der neueingestellten Lehrkräfte mit Seiteneinstieg nicht vor der Aufnahme ihrer Lehrtätigkeit eine vorbereitende Qualifizierung erhält. Das war mit dem Land vereinbart worden. Wir erwarten, dass die Vereinbarungen konsequent umgesetzt werden. Nach der zu geringen Anzahl der Ausbildung von Lehrkräften in den vergangenen Jahren ist dies ein weiteres Versagen der Bildungspolitik im Land Brandenburg. Die Leidtragenden sind die Schülerinnen und Schüler. Auch die fehlenden Lehrkräfte mit sonderpädagogischen Qualifikationen konterkarieren die Ansätze des gemeinsamen Lernens.“

Die GEW Brandenburg erwartet von der neuen Landesregierung eine grundlegende Neuausrichtung der Bildungspolitik. Insbesondere fordert die GEW:

1. Die Einberufung eines „Runden Tisches Bildung 2030“. Ziel muss es sein, einen breiten gesellschaftlichen Konsens über die Ziele und Weiterentwicklung der Bildung im Land Brandenburg mit allen Beteiligten zu erarbeiten und zu vereinbaren. Dabei müssen der Inhalt und die Struktur der Bildung sowie die notwendigen und unverzichtbaren personellen und materiellen Ressourcen in Übereinstimmung gebracht und dauerhaft abgesichert werden. Dies gilt insbesondere für die sonderpädagogische Förderung und die

GEW Brandenburg

Postanschrift: Postfach 60 07 69 • 14407 Potsdam • Hausanschrift: Alleestraße 6 A • 14469 Potsdam

Telefon: (0331) 27184 – 0 • Fax: (0331) 27184 – 30

Internet: <http://www.gew-brandenburg.de> • E – mail: info@gew-brandenburg.de

ganztägigen Bildungsangebote. In diesem Zusammenhang muss auch die Absicherung der Schulstandorte in den ländlichen Entwicklungsräumen und deren dauerhafte personelle Absicherung thematisiert und entsprechende Lösungen gefunden werden.

2. Die Qualität der schulischen Grundversorgung insbesondere im Grundschulbereich muss in allen Regionen des Landes Brandenburg gewährleistet und abgesichert werden. Dies schließt die Wertschätzung der Arbeit aller Lehrkräfte in den Grundschulen ein. Alle Lehrkräfte mit den Abschlüssen für die Grundschule nach dem Recht der DDR müssen spätestens zum 1. August 2020 in die A 13/E 13 gehoben bzw. befördert werden. Die Wertschätzung der langjährigen erfolgreichen Arbeit dieser Lehrkräfte in den Schulen ist geboten und längst überfällig. Grundsätzlich muss die Attraktivität der Laufbahnen der Lehrkräfte in allen Schulformen und Schulstufen in Brandenburg erhöht werden, denn in vielen Bereichen ist Brandenburg im Vergleich mit den anderen Bundesländern noch immer nicht konkurrenzfähig.

3. Die Zahl der Studienplätze für die Lehramter an der Universität reicht noch immer nicht aus. Die realen Bedarfe liegen deutlich höher. Insbesondere müssen mehr Lehrkräfte für die Grundschulen, sonderpädagogische Fachrichtungen und Oberschulen ausgebildet werden. Dazu gehört auch die Entwicklung von Fördersystemen für Lehramtsstudierende, die in Brandenburg ihre Unterrichtstätigkeit aufnehmen wollen. Vor dem Hintergrund der realen Fachbedarfe der Schulen sind studienlenkende und studienberatende Maßnahmen zwingend geboten und unverzichtbar.

4. Die Zahl der Lehrerstellen muss deutlich erhöht werden. Zum Februar 2020 müssen 300 zusätzliche Stellen für die Absolventinnen und Absolventen des Vorbereitungsdienstes bereitgestellt werden. Auch ist es wichtig, dass in jedem Schulamt ein Studienseminar vorhanden ist. Die vom Bildungsministerium in der mittelfristigen Planung vorgesehene Stellenzahl reicht nicht aus und ist mindestens um 400 pro Schuljahr in den nächsten 10 Jahren zu erhöhen.

5. Die Qualifizierung der Lehrkräfte mit Seiteneinstieg muss intensiviert werden. Es darf nur die absolute Ausnahme sein, dass Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteiger ohne Vorqualifizierung ihre Lehrtätigkeit aufnehmen. Dazu ist die Vereinbarung mit der GEW konsequent umzusetzen.